

**Deutschland-Stuttgart: Projektmanagement im Bauwesen**  
**OJ S 198/2023 13/10/2023**  
**Auftragsbekanntmachung**  
**Dienstleistungen**

**Rechtsgrundlage:**  
Richtlinie 2014/24/EU

---

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: SSB Stuttgarter Straßenbahnen AG  
Postanschrift: Schockenriedstr. 50  
Ort: Stuttgart  
NUTS-Code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis  
Postleitzahl: 70565  
Land: Deutschland  
Kontaktstelle(n): Klotz und Partner GmbH  
E-Mail: [hesslinger@klotzundpartner.de](mailto:hesslinger@klotzundpartner.de)  
Telefon: +49 711/18744-20  
Fax: +49 711/18744-33  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: [www.ssb-ag.de](http://www.ssb-ag.de)

**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E14281784>  
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E14281784>

**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Einrichtung des öffentlichen Rechts

**I.5. Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn- oder Busdienste

---

**Abschnitt II: Gegenstand**

**II.1. Umfang der Beschaffung**

**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Projektsteuerung gemäß AHO 2020, Projektstufen 1 + 2 für die Handlungsbereiche A-E, optional Projektstufen 3 - 5 für die Handlungsbereiche A - E für die Weiterentwicklung Ostendareal mit Neubau von Wohn- und Gewerbeeinheiten in Stuttgart

**II.1.2. CPV-Code Hauptteil**

71541000 Projektmanagement im Bauwesen

**II.1.3. Art des Auftrags**

Dienstleistungen

#### **II.1.4. Kurze Beschreibung**

Die Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) planen die Umgestaltung und Verbesserung des Ostendareals, im Bereich zwischen Landhaus-, Ostend- und Schönbühlstraße bis zum Leo-Vetter-Bad.

Der Abschluss der Quartiersentwicklung soll mit der Bebauung der beiden letzten Baufelder und der Neugestaltung der dazu gehörenden Freiflächen vollzogen werden.

Für die Kostengruppen 200-700 wird derzeit von Kosten in Höhe von rund 90,0 Mio. € brutto ausgegangen.

#### **II.1.5. Geschätzter Gesamtwert**

#### **II.1.6. Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

### **II.2. Beschreibung**

#### **II.2.3. Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Hauptort der Ausführung: 70565 Stuttgart

#### **II.2.4. Beschreibung der Beschaffung**

Projektsteuerung gemäß AHO 2020, Projektstufen 1 + 2 für die Handlungsbereiche A-E, optional Projektstufen 3 / 4 / 5 für die Handlungsbereiche A - E, stufenweise.

#### **II.2.5. Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Personelle Projektorganisation / Gewichtung: 10%

Qualitätskriterium - Name: Qualifikation und Erfahrung des betrauten Personals, insbesondere der Projektleitung / Gewichtung: 30%

Qualitätskriterium - Name: Projekteinschätzung und -abwicklung / Gewichtung: 20%

Preis - Gewichtung: 40%

#### **II.2.6. Geschätzter Wert**

#### **II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 01/03/2024 Ende: 31/12/2027

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

#### **II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1) Anzahl Beschäftigte: 50 Punkte.

2) Referenzen Unternehmen - Projektsteuerung: 800 Punkte.

Es werden die 3-5 punktbesten Bewerber zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Bei Punktgleichheit entscheidet das Los.

#### **II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

#### **II.2.11. Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Projektsteuerung gemäß AHO 2020, Projektstufen 3 / 4 / 5 für die Handlungsbereiche A - E, stufenweise.

Die Stuttgarter Straßenbahnen SSB planen im Einvernehmen mit der Landeshauptstadt Stuttgart den Neubau von Wohn- und Gewerbeeinheiten sowie eine Stadtteilbibliothek auf dem Ostendareal. Das Projekt wird bis einschließlich zur Vorplanung der Objekt- und Fachplanungen ein Projekt der SSB sein. Zum Zeitpunkt dieser Ausschreibung ist noch nicht abschließend geklärt, ob das Projekt nach Abschluss der Vorplanung bei der SSB verbleibt, oder ob ein Auftraggeberwechsel stattfindet und das Projekt an einen Dritten übergeht. Der Auftraggeber ist in seiner Entscheidung über eine Weiterbeauftragung frei; ein Anspruch auf Übertragung weiterer Leistungen besteht nicht.

### **II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

### **II.2.14. Zusätzliche Angaben**

## **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

---

### **III.1. Teilnahmebedingungen**

#### **III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

a) § 44 VgV i. V. m. § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV:

Nachweis mindestens von einem Inhaber oder Führungskraft des Unternehmens über den Besitz einer entsprechenden Qualifikation (Mindestbedingung Dipl.-Ing./Master Fachrichtung Architektur, Bauingenieurwesen oder Vergleichbares). (Ausschlusskriterium)

#### **III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

b) § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV: Eigenerklärung über den Bestand einer Berufshaftpflichtversicherung (Ausschlusskriterium);

c) § 47 VgV: Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Ausschlusskriterium)

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bewerbern kurzfristig die Vorlage geeigneter Nachweise zu den o. g. Eigenerklärungen zu fordern.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu b) Gefordert wird eine Berufshaftpflichtversicherung mit 5 000 000 EUR Deckungssumme für Personenschäden und 5 000 000 EUR Deckungssumme für sonstige Schäden mit Nachweis der Maximierung der Ersatzleistungen auf mind. das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr. Für den Zeitraum der Bewerbungsphase ist eine Eigenerklärung des Bewerbers ausreichend, welche die geforderte Deckungssumme im Auftragsfall zusichert. Im Auftragsfall muss die entsprechende Haftpflichtpolice vorgelegt werden.

#### **III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

d) § 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB i. V. m. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV: Durchschnittliche Zahl der technischen Beschäftigten (m/w/d) in den letzten 3 Geschäftsjahren (m/w/d) in den letzten 3 Geschäftsjahren im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen; Teilzeitbeschäftigte können entsprechend ihrer Teilzeit angerechnet werden (Bei Bewerbergemeinschaften: Summe der Beschäftigten):

>= 5 Vollzeitbeschäftigte = 50 Punkte / < 5 Vollzeitbeschäftigte = 0 Punkte.

e) § 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB i. V. m. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV:

Anzugeben sind 2 Referenzprojekte im Hochbau mit vergleichbarer Aufgabenstellung und Planungsanforderung, bei denen die Projektsteuerung gemäß AHO, Schriftenreihe Nr. 9 mit Stand 2020 unter Beachtung der deutschen Richtlinien, Regelwerke und Rechtsvorschriften bzw. vergleichbarer ausländischer Regelungen erbracht wurde.

- Referenz 1: Baukosten KG200 - 700, in € netto >= 30.000.000 € = 100 Punkte / < 30.000.000 € und >= 15.000.000 € = 50 Punkte / < 15.000.000 € = 0 Punkte.

- Referenz 2: Baukosten KG200 - 700, in € netto >= 10.000.000 € = 100 Punkte / < 10.000.000 € und >= 7.500.000 € = 50 Punkte / < 7.500.000 € = 0 Punkte.

- Referenzen 1 und 2: jeweils beauftragte und vollständig erbrachte Projektstufen gemäß § 6 Abs. 4 (a) AHO = 100 Punkte.

(Bei reduziertem Leistungsbild werden die maximal erreichbaren Punkte um die folgenden entsprechenden Leistungspunkte reduziert: PS 1: 19 Punkte / PS 2: 4: 21 Punkte / PS 3: 22 Punkte / PS 4: 30 Punkte / PS 5: 8 Punkte).

- Referenzen 1 und 2: jeweils beauftragte und vollständig erbrachte Handlungsbereiche gemäß § 2 AHO = 100 Punkte.

(Bei reduziertem Leistungsbild werden die maximal erreichbaren Punkte um die folgenden entsprechenden Leistungspunkte reduziert: HB A: 20 Punkte / HB B: 4: 20 Punkte / HB C: 20 Punkte / HB D: 20 Punkte / HB E: 20 Punkte).

- Referenz 1 oder 2: Im Objekt gibt es mindestens zwei unterschiedliche Nutzer für unterschiedlichen Nutzungsarten = 100 Punkte.

- Referenz 1 oder 2: Referenzprojekt ist ein innerstädtisches Objekt = 50 Punkte.

- Referenz 1 oder 2: Öffentlicher Auftraggeber gemäß § 99 GWB = 50 Punkte.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu e) Folgende Mindestbedingungen für die Wertbarkeit der Referenzprojekte zur Feststellung der Eignung sind je zwingend erforderlich:

Die Mindestbedingungen müssen von jedem Referenzprojekt separat erfüllt werden, damit das jeweilige Referenzprojekt in die Wertung eingehen kann.

- Abschluss der letzten beauftragten und vollständig erbrachten Projektstufe der Projekte jeweils ab dem 01.01.2018 und vor Einreichungsfrist dieses Teilnahmeantrags.

- Die Projekte müssen jeweils mindestens in die Honorarzone III gemäß § 6 Nr. 2 AHO eingeordnet sein.

- Für eines der beiden Referenzprojekte müssen die Projektstufen 1 - 5 beauftragt und mit Ablauf der Einreichungsfrist dieses Teilnahmeantrags (10.11.2023) vollständig abgeschlossen sein.

- Für eines der Referenzprojekte müssen die Handlungsbereiche A - E beauftragt und mit Ablauf der Einreichungsfrist dieses Teilnahmeantrags (10.11.2023) vollständig abgeschlossen sein.

Für jedes Referenzprojekt ist ein Projektdatenblatt mit prüfbaren Angaben zu den im Teilnahmeantrag genannten Mindestbedingungen und Projektmerkmalen sowie zum Ansprechpartner des Auftraggebers inklusive Kontaktdaten einzureichen.

## **III.2. Bedingungen für den Auftrag**

### **III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags**

f) § 123 und § 124 GWB: Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 und § 124 GWB bestehen (Ausschlusskriterium, bei den Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB entscheidet die Vergabestelle über den Ausschluss),

- g) § 6 Abs. 2 VgV: Eigenerklärung zur Vermeidung von Interessenskonflikten (Ausschlusskriterium),
- h) § 73 Abs. 3 VgV: Eigenerklärung zur Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen (Ausschlusskriterium),
- i) Eigenerklärung Mindestlohn: Eigenerklärung, dass bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht (Ausschlusskriterium),
- j) Russland-Sanktionen: Eigenerklärung, dass keine Gründe für eine Sanktionierung bestehen (Ausschlusskriterium),
- k) § 43 Abs. 2 + 3 VgV: Bieter- und Bewerbergemeinschaften sind grundsätzlich zugelassen. Die Bewerbergemeinschaft besteht im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft fort und wird im Falle der Zuschlagserteilung als Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischen Haftung tätig. Im Teilnahmeantrag sind alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft anzugeben, eines davon ist als bevollmächtigter Vertreter zu benennen.

### **III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

## **Abschnitt IV: Verfahren**

---

### **IV.1. Beschreibung**

#### **IV.1.1. Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

#### **IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

#### **IV.1.5. Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

#### **IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

### **IV.2. Verwaltungsangaben**

#### **IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 10/11/2023 Ortszeit: 11:00

#### **IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

#### **IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können**

Deutsch

#### **IV.2.6. Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 6 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

## **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

---

## **VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

## **VI.3. Zusätzliche Angaben**

Der für die Bewerbung erarbeitete Teilnahmeantrag ist für die Bewerbung zwingend zu verwenden. Der Teilnahmeantrag ist in Textform nach § 126b BGB abzugeben.

Der Teilnahmeantrag nebst Nachweisen, zu erstellenden Anlagen sowie allen Bescheinigungen etc. sind elektronisch über die Funktion „Teilnahmeantrag abgeben“ der Vergabepattform subreport ELViS einzureichen.

Rückfragen sind ausschließlich über die Vergabepattform subreport ELViS zu stellen. Die Beantwortung der Rückfragen erfolgt ausschließlich über die Vergabepattform subreport ELViS.

Bewerbergemeinschaften sind grundsätzlich zugelassen. Eine Bewerbung in einer Bewerbergemeinschaft schließt eine zusätzliche Einzelbewerbung aus und umgekehrt, wie auch eine Bewerbung in einer weiteren Bewerbergemeinschaft.

Eine Bewerbung als Einzelbewerber oder in einer Bewerbergemeinschaft schließt eine zusätzliche Bewerbung als Subunternehmer aus.

Mehrfachbewerbungen als Subunternehmer bei unterschiedlichen Einzelbewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften sind zugelassen.

## **VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

### **VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: [Vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:Vergabekammer@rpk.bwl.de)

Telefon: +49 721926-8730

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: [www.rp-karlsruhe.de](http://www.rp-karlsruhe.de)

### **VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung vom 12.07.2018.

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein;
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht;
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:
  - 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,

- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt:

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß §134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

#### **VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**

10/10/2023